

Planzeichenerklärung  
gemäß Planzeichenverordnung 90

- Höhenlinie mit Höhenangabe
1. Art der baulichen Nutzung (§9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB §§1 bis 11 BauNVO)
- WA Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)
2. Mass der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §16 BauNVO)
- 0,3 Grundflächenzahl
- II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmass
3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
- a abweichende Bauweise (siehe Ziffer 3.1 der textl. Festsetzungen)
- O offene Bauweise
- ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
4. Verkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
- Straßenverkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
- A + F = Anlieger- und Fußweg
5. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
- Spielplatz (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
- Öffentliche Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
- Private Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
6. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)
- Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
- Regenrückhaltebecken
7. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
- Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)
8. Sonstige Planzeichen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (z.B. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
- LPB III = Lärmpegelbereich III
- LSW = Lärmschutzwand, Höhe von h = 3,0 m über Straßenniveau
- mit Leitungsrecht zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- Aufstellungsplatz für Müllgefäße im öffentlichen Straßenraum
- Sichtdreieck (siehe Hinweise)

**Priamel und Ausfertigung (mit örtlichen Bauvorschriften)**

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) und der §§ 56, 57 und 58 der Niedersächsischen Bauordnung und des § 40 der Niedersächsischen hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte diesen Bebauungsplan Nr. 231 „Ostermanns Esch“ bestehend aus Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, als Satzung beschlossen

Georgsmarienhütte, den 20.06.2006

Bürgermeister

**Öffentliche Auslegung**

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung am 14.09.2005 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 15.12.2005 als Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Georgsmarienhütte, den 20.06.2006

Bürgermeister

**Satzungsbeschluss**

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat den Bebauungsplan mit Örtlicher Bauvorschrift nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 15.12.2005 als Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Georgsmarienhütte, den 20.06.2006

Bürgermeister

**Inkrafttreten**

Der Bebauungsplan wurde am 15.06.2006 im Amtsblatt für den Landkreis Osterbrück Nr. 11 gemäß § 10 Abs. 3 BauGB veröffentlicht. Der Bebauungsplan ist damit am 15.06.2006 rechtsverbindlich geworden.

Georgsmarienhütte, den 20.06.2006

Bürgermeister

**Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften / Mängel der Abwägung**

Innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und Mängel der Abwägung beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Georgsmarienhütte, den 20.06.2006

Bürgermeister

**Planunterlage**

L 4 - 857 / 2003

**Planverfasser**

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von der Niedersächsischen Landgesellschaft mbH Geschäftsstelle Osterbrück Am Schölerberg 6 49082 Osterbrück Osterbrück, den 16.12.2005

Planverfasser

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN  
gemäß § 9 (1) BauGB

1. Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO  
Alle Ausnahmen gemäß § 4 (3) sind nach § 1 (6) Nr. 1 BauNVO nicht zulässig.
2. Höhe baulicher Anlagen gemäß § 9 (2) und § 18 BauNVO  
Die maximale Gebäudehöhe beträgt 8,50 m zwischen den jeweiligen Bemessungspunkten. Die maximale Sockelhöhe beträgt 1,0 m für die Baugrundstücke oberhalb der Erschließungsstraße und 0,3 m für die Baugrundstücke unterhalb bzw. seitlich der Erschließungsstraße.
- Definition:  
Der untere Bemessungspunkt für die Gebäudehöhe ist Oberkante Fertigfußboden Erdgeschoss (Sockelhöhe). Dies ist die Differenz zwischen Oberkante fertiger Fahrbahn/Erdschließungsweg und Oberkante Fertigfußboden/Erdschoss, gemessen im Schnittpunkt der Fahrbahnachse mit der Verlängerung der Gebäudeachsprojektion auf die Fahrbahn.
- Der obere Bemessungspunkt ist die maximale Firsthöhe. Als Firsthöhe gilt der höchste Punkt des Daches, gemessen von Oberkante Fertigfußboden/Erdschoss (Sockelhöhe). Antennen, Schornsteine etc. bleiben unberücksichtigt.
- Bei Reihenhäusern und Hausgruppen ist eine einheitliche Firsthöhe auszubilden.
3. Bauweise, Baugrenzen- und -linien, Stellung der baulichen Anlagen gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB
- Abweichende Bauweise gemäß § 22 (4) BauNVO  
In Baugruben dürfen Einzel- und Doppelhäuser eine maximale Länge im Sinne des § 22 (4) BauNVO von 25 Metern nicht überschreiten.
4. Aus Vorsorgegründen ist eine Entnahme und/oder Freilegung von Grundwasser unzulässig.
5. Aufgrund der früheren Bergbautätigkeit im Plangebiet sind Baugrunduntersuchungen und/oder bautechnische Sicherungsmaßnahmen (z.B. verstärkte Sohlplatten) erforderlich.
6. Schallschutz von Wohnungen und Büroräumen  
Im Bereich der Wohnbauflächen sind für Wohn- und Aufenthaltsräumen die folgenden erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (erf. R<sub>w,tra</sub>) durch die Außenbauteile (Wandanteil, Fenster, Lüftung, Dächer etc.) einzuhalten:
- Lärmpegelbereich III: erf. R<sub>w,tra</sub> = 35 dB für Aufenthaltsräume von Wohnungen  
erf. R<sub>w,tra</sub> = 30 dB für Büro- und Sozialräume
7. Schallschutz von Schlafräumen  
Im Lärmpegelbereich III sind in den Obergeschossen im Zusammenhang mit Fenstern von Schlafräumen zusätzlich schalldämmte Lüftungssysteme erforderlich, die die Gesamtschalldämmung der Außenfassade nicht verschlechtern. Alternativ hierzu ist die Lüftung über die vollständig lärmabgewandten Fassadenseiten zu ermöglichen bzw. Schlafräume an diese Gebäudeseiten zu orientieren.
8. Textliche Festsetzungen zur Sicherung der Kompensationsmaßnahmen:
- 8.1 Die mit A1 bezeichnete Ausgleichsmaßnahme innerhalb des Geltungsbereichs auf der zeichnerisch festgesetzten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist im Zuge der Erschließungs- und sonstiger Bauarbeiten durchzuführen. Die Fläche ist mit naturraumtypischen Gehölzen zu bepflanzen, die Anpflanzung ist dauerhaft zu erhalten. Abgängige Pflanzen in den ersten drei Pflanzjahren sind durch gleichartige zu ersetzen. Bis zur Funktionserfüllung, mindestens aber über einen Zeitraum von 5 Jahren ist die Fläche dauerhaft durch eine Einzäunung zu schützen. Für die Durchführung ist die Maßnahmenbeschreibung unter A1 im ökologischen Fachbeitrag zu beachten. Die Ausgleichs-Maßnahme A1 ist den Eingriffsflächen WA gem. § 9 (1a) BauGB zugeordnet.

- 8.2 Der Walkkörper des Lärmschutzwalls ist mit naturraumtypischen Strauchgehölzen flächig zu begrünen. Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten.
- 8.3 Eine Fläche für planexterne Maßnahmen zum Ausgleich wird auf der Teilfläche 2 gem. 54. FNP-Änderung (Gemarkung Kloster Oesede Flur 4 Flurstück 26) von der Stadt Georgsmarienhütte vorgehalten.  
Eine Flächenanteil von 0,5704 ha aus o. g. Flurstück ist den Bauflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 231 gem. § 9 (1a) BauGB zugeordnet.
9. Am Tage der Müllabfuhr sind die Müllgefäße auf die in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen aufzustellen.

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN ÜBER DIE GESTALTUNG  
gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. §§ 56, 97 und 98 NBauO

1. Dächer, Dachformen und Dachaufbauten
- 1.1 Im Baugebiet wird allgemein eine Dachneigung von 20 bis 40 Grad festgesetzt.
- 1.2 Garagen und Nebenanlagen gemäß §§ 12 und 14 BauNVO können abweichend auch mit Flachdächern bzw. flachgeneigten Dächern errichtet werden.
- 1.3 Doppelhäuser und Hausgruppen sind in der äußeren Gestaltung anzupassen.

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlensammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Bezirksregierung Weser-Ems, Dez. 405 – Archäologische Denkmalpflege – oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

Durch die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen kann es zu Geruchs- und Lärmimmissionen kommen, die jedoch als ortsüblich hinzunehmen sind.

**Hinweise zum Schallschutz:**  
Balkone und Loggien im Bereich der Obergeschosse sowie Terrassen in Erdgeschosslage sind in den gekennzeichneten Flächen an der L 95 (Glückaufstraße) bzw. den Einschallungsrichtungen abgewandten Gebäude- bzw. Grundstücksseiten zu orientieren.

**Hinweise zum Straßenbaumaß:**  
Die Flächen der in dem anliegenden Plan dargestellten Sichtdreiecke dürfen in mehr als 80 cm Höhe über den Oberkanten der angrenzenden Fahrbahnen in der Sicht nicht versperrt werden (§ 9 (1) BauGB/§ 31 (2) NStrG).  
Die Schenkellänge der Sichtdreiecke beträgt in der Fahrstreifenachse der übergeordneten Straße 70,0 m, in der der untergeordneten Straße 10,0 m gemessen vom Fahrbahnrand der übergeordneten Straße.

Von der Landesstraße 95 gehen erhebliche Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.

EMPFEHLUNG

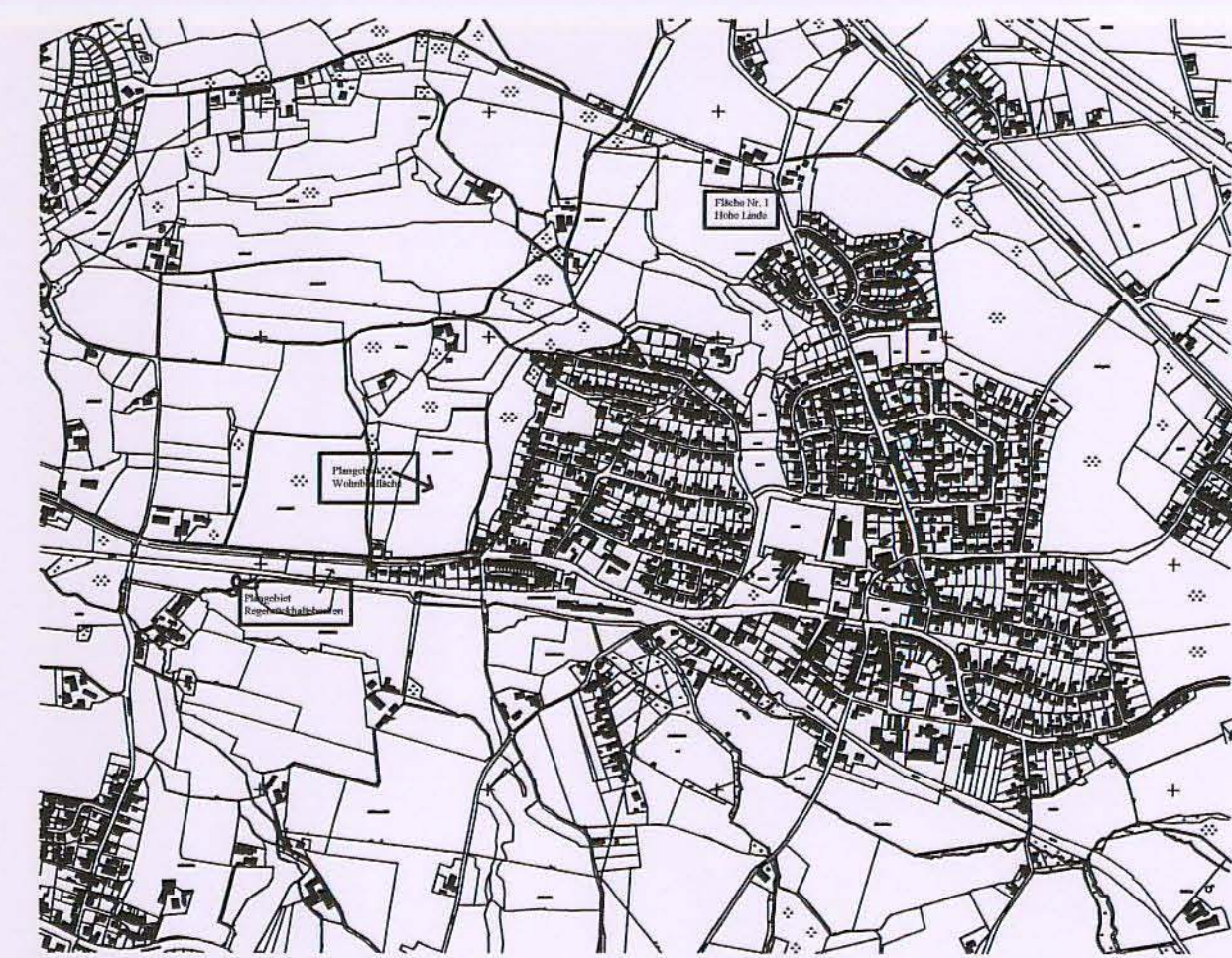
Regenwassernutzung:

Die Stadt Georgsmarienhütte befürwortet die Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser (z.B. für Gartenbewässerung, Toilettenspülung, Waschmaschine). Es sind dabei grundsätzlich die Festlegungen der DIN 1988 einzuhalten. Die Einleitung von Brauchwasser in die öffentliche Schmutzwasserkanalisation ist bei den Stadtwerken Georgsmarienhütte zu beantragen.

Solarenergie:

Zur Warmwasserbereitung und zur Einsparung von fossilen Energieträgern, verbunden mit einer Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes wird der Einsatz von Sonnenkollektoren (Solarthermie) bzw. Photovoltaik empfohlen.

Übersichtsplan



Niedersächsische  
Landgesellschaft mbH

Stadt Georgsmarienhütte  
Bebauungsplan Nr. 231  
"Ostermanns Esch" mit  
örtlichen Bauvorschriften  
über die Gestaltung

Urschrift

Geschäftliche Darstellung  
des Bebauungsplans  
49082 Osterbrück  
Telefon 0541 197 33-0  
Telefax 0541 197 33-33  
http://www.nlg.de  
E-Mail: info@niedersachsen-nlg.de

**GEORGSMARIENHUETTE**

Maßstab: 1 : 1 000  
gez.: Roßmann

geändert:  
Osterbrück, den 05.12.2005  
Planverfasser: J.A. Heide-Rohmann



# TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

## PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

### gemäß § 9 (1) BauGB

#### 1. Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO

Alle Ausnahmen gemäß § 4 (3) sind nach § 1 (6) Nr. 1 BauNVO nicht zulässig.

#### 2. Höhe baulicher Anlagen gemäß § 9 (2) und § 18 BauNVO

Die maximale Gebäudehöhe beträgt 8,50 m zwischen den jeweiligen Bemessungspunkten. Die maximale Sockelhöhe beträgt 1,0 m für die Baugrundstücke oberhalb der Erschließungsstraße und 0,3 m für die Baugrundstücke unterhalb bzw. seitlich der Erschließungsstraße.

##### Definition:

Der untere Bemessungspunkt für die Gebäudehöhe ist Oberkante Fertigfußboden Erdgeschoss (Sockelhöhe). Dieses ist die Differenz zwischen Oberkante fertiger Fahrbahnachse/Erschließungsweg und Oberkante Fertigfußboden/Erdgeschoss, gemessen im Schnittpunkt der Fahrbahnachse mit der Verlängerung der Gebäudeachsenprojektion auf die Fahrbahn.

Der obere Bemessungspunkt ist die maximale Firsthöhe. Als Firsthöhe gilt der höchste Punkt des Daches, gemessen von Oberkante Fertigfußboden/Erdgeschoss (Sockelhöhe). Antennen, Schornsteine etc. bleiben unberücksichtigt.

Bei Reihenhäusern und Hausgruppen ist eine einheitliche Firsthöhe auszubilden.

#### 3. Bauweise, Baugrenzen- und -linien, Stellung der baulichen Anlagen gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB

##### Abweichende Bauweise gemäß § 22 (4) BauNVO

##### 3.1 In Baugebieten dürfen Einzel- und Doppelhäuser eine maximale Länge im Sinne des § 22 (4) BauNVO von 25 Metern nicht überschreiten.

##### 4. Aus Vorsorgegründen ist eine Entnahme und/oder Freilegung von Grundwasser unzulässig.

##### 5. Aufgrund der früheren Bergbautätigkeit im Plangebiet sind Baugrunduntersuchungen und/oder bautechnische Sicherungsmaßnahmen (z.B. verstärkte Sohlplatten) erforderlich.

##### 6. Schallschutz von Wohnungen und Büroräumen

Im Bereich der Wohnbauflächen sind für Wohn- und Aufenthaltsräumen die folgenden erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (erf.  $R'_{w,res}$ ) durch die Außenbauteile (Wandanteil, Fenster, Lüftung, Dächer etc.) einzuhalten:

Lärmpegelbereich III: erf.  $R'_{w,res}$  = 35 dB für Aufenthaltsräume von Wohnungen  
erf.  $R'_{w,res}$  = 30 dB für Büro- und Sozialräume

##### 7. Schallschutz von Schlafräumen

Im Lärmpegelbereich III sind in den Obergeschossen im Zusammenhang mit Fenstern von Schlafräumen zusätzlich schallgedämpfte Lüftungssysteme erforderlich, die die Gesamtschalldämmung der Außenfassade nicht verschlechtern. Alternativ hierzu ist die

Lüftung über die vollständig lärmabgewandten Fassadenseiten zu ermöglichen bzw. Schlafräume an diese Gebäudeseiten zu orientieren.

##### 8. Textliche Festsetzungen zur Sicherung der Kompensationsmaßnahmen:

##### 8.1 Die mit A1 bezeichnete Ausgleichsmaßnahme innerhalb des Geltungsbereichs auf der zeichnerisch festgesetzten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist im Zuge der Erschließungs- und sonstiger Bauarbeiten durchzuführen. Die Fläche ist mit naturraumtypischen Gehölzen zu bepflanzen, die Anpflanzung ist dauerhaft zu erhalten. Abgängige Pflanzen in den ersten drei Pflanzreihen sind durch gleichartige zu ersetzen. Bis zur Funktionserfüllung, mindestens aber über einen Zeitraum von 5 Jahren ist die Fläche dauerhaft durch eine Einzäunung zu schützen.

Für die Durchführung ist die Maßnahmenbeschreibung unter A1 im ökologischen Fachbeitrag zu beachten.

Die Ausgleichs-Maßnahme A1 ist den Eingriffsflächen WA gem. § 9 (1a) BauGB zugeordnet.



- 8.2 Der Wallkörper des Lärmschutzwalls ist mit naturraumtypischen Strauchgehölzen flächig zu begrünen. Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten.
- 8.3 Eine Fläche für planexterne Maßnahmen zum Ausgleich wird auf der Teilfläche 2 gem. 54. FNP-Änderung (Gemarkung Kloster Oesede Flur 4 Flurstück 26) von der Stadt Georgsmarienhütte vorgehalten.  
Eine Flächenanteil von 0,5704 ha aus o. g. Flurstück ist den Bauflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 231 gem. § 9 (1a) BauGB zugeordnet.
9. Am Tage der Müllabfuhr sind die Müllgefäße auf die in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen aufzustellen.

# **ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN ÜBER DIE GESTALTUNG**

## **gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. §§ 56, 97 und 98 NBauO**

### **1. Dächer, Dachformen und Dachaufbauten**

- 1.1 Im Baugebiet wird allgemein eine Dachneigung von 20 bis 40 Grad festgesetzt.
- 1.2 Garagen und Nebenanlagen gemäß §§ 12 und 14 BauNVO können abweichend auch mit Flachdächern bzw. flachgeneigten Dächern errichtet werden.
- 1.3 Doppelhäuser und Hausgruppen sind in der äußeren Gestaltung anzupassen.

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Bezirksregierung Weser-Ems, Dez. 406 – Archäologische Denkmalpflege – oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

Durch die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen kann es zu Geruchs- und Lärmimmissionen kommen, die jedoch als ortsüblich hinzunehmen sind.

#### **Hinweise zum Schallschutz:**

Balkone und Loggien im Bereich der Obergeschosse sowie Terrassen in Erdgeschosslage sind in den gekennzeichneten Flächen an der L 95 (Glückaufstraße) bzw. den Einschallungsrichtungen abgewandten Gebäude- bzw. Grundstücksseiten zu orientieren.

#### **Hinweise des Straßenbauamtes:**

Die Flächen der in dem anliegenden Plan dargestellten Sichtdreiecke dürfen in mehr als 80 cm Höhe über den Oberkanten der angrenzenden Fahrbahnen in der Sicht nicht versperrt werden (§ 9 (1) BauGB/ § 31 (2) NStrG).

Die Schenkellänge der Sichtdreiecke beträgt in der Fahrstreifenachse der übergeordneten Straße 70,0 m, in der der untergeordneten Straße 10,0 m gemessen vom Fahrbahnrand der übergeordneten Straße.

Von der Landesstraße 95 gehen erhebliche Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.

## **EMPFEHLUNG**

### **Regenwassernutzung:**

Die Stadt Georgsmarienhütte befürwortet die Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser (z.B. für Gartenbewässerung, Toilettenspülung, Waschmaschine). Es sind dabei grundsätzlich die Festlegungen der DIN 1988 einzuhalten. Die Einleitung von Brauchwasser in die öffentliche Schmutzwasserkanalisation ist bei den Stadtwerken Georgsmarienhütte zu beantragen.

### **Solarenergie:**

Zur Warmwasserbereitung und zur Einsparung von fossilen Energieträgern, verbunden mit einer Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes wird der Einsatz von Sonnenkollektoren (Solarthermie) bzw. Photovoltaik empfohlen.